

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit»

Freitag, 5. September 1879.

Inserate

haben an die Expedition in

Kreuzzeitung zu senden.

Inserationsgebühr

für die Expeditionelle 20 Pf.

unter Umständen 30 Pf.

Telegraphische Depeschen.

*** Bromberg, 3. Sept., nachmittags.** Se. Maj. der Kaiser ist heute Nachmittag 1 1/2 Uhr hier eingetroffen und nach einem Aufenthalte von nur wenigen Minuten nach Thorn weiter gereist. Zur Begrüßung des Kaisers hatten sich der Regierungspräsident, der Präsident der Eisenbahngesellschaft, der Bezirkscommandeur und der Landrath am Bahnhofe eingefunden, die daselbst versammelte Menge begrüßte den Kaiser mit jubelnden Zurufen. Generalfeldmarschall v. Manteuffel, welcher mit dem deutschen Generalconsul v. Rechenberg aus Warschau gestern Abend hier eingetroffen war, reiste mit Sr. Maj. nach Thorn weiter.

*** Thorn, 3. Sept., nachmittags.** Se. Maj. der Kaiser traf heute Nachmittag kurz nach 2 1/2 Uhr mittels Extrazuges hier ein, wurde auf dem Bahnhofe von den Spitzen der Behörden empfangen und von dem dort versammelten Publikum enthusiastisch begrüßt. Nach einem Aufenthalt von nur 6 Minuten wurde die Weiterreise nach Alexandrowo fortgesetzt. In der Begleitung Sr. Maj., welcher die russische Generalsuniform trug, befand sich auch Generalfeldmarschall v. Manteuffel.

*** Alexandrowo, 3. Sept., nachmittags.** Se. Maj. der Kaiser Alexander von Rußland war mittels eines acht Salonwagen zählenden Extrazuges bereits heute Nachmittag 1 1/2 Uhr mit großem Gefolge hier eingetroffen. Die Ankunft Sr. Maj. des Deutschen Kaisers erfolgte wenige Minuten nach 3 Uhr. Das Musikcorps der auf dem Bahnhofe aufgestellten russischen Ehrencompagnie intonirte, als Se. Maj. der Kaiser Wilhelm in den mit Fahnen und Girlanden reich geschmückten Bahnhof einfuhr, die preussische Nationalhymne. Die Begrüßung beider Monarchen war eine überaus herzliche. Durch die von allen Seiten herzugeströmten Volksmassen, welche sich in der nächsten Umgebung des Bahnhofes aufgestellt hatten, wurden beide Majestäten mit enthusiastischen Zurufen begrüßt. Nach dem Desfiliren der Ehrencompagnie zogen sich die beiden Monarchen zurück, um demnächst das Diner einzunehmen. Se. Maj. der Kaiser Wilhelm hat im Bahnhofe Wohnung genommen.

*** Alexandrowo, 3. Sept., abends.** Se. Maj. der Deutsche Kaiser stattete gegen 5 Uhr Sr. Maj. dem Kaiser Alexander einen halbständigen Besuch ab, welchen der Kaiser Alexander sodann erwiderte.

*** München, 3. Sept.** Die Frau Kronprinzessin des Deutschen Reiches hat heute Vormittag 9 Uhr 40 Min. ihre Reise nach Steiermark fortgesetzt.

*** London, 3. Sept.** Wie dem Reuterschen Bureau via Madeira aus der Capstadt vom 19. Aug. gemeldet wird, ist der neue Kraal des Königs Ketschwayo in Amanzange am 13. Aug. zerstört worden. Die Cavalerie setzte die Verfolgung bis in die nächste Nähe Ketschwayo's fort, welcher mit mehreren Anhän-

gern in den Wald südwärts flüchtete. Drei Söhne des Königs Ketschwayo und mehrere hervorragende Anführer, welche 650 Stück Vieh mit sich führten, haben sich unterworfen.

Drei Wahlprogramme für den preussischen Landtag.

— **Kreuzzeitung, 4. Sept.** Die trübe durcheinanderwogenden Fluten der Wahlbewegung in Preußen begannen sich insoweit zu klären, als allmählich eine Partei nach der andern durch bestimmte Wahlprogramme, beziehentlich Wahlaufträge, die sie veröffentlicht, Stellung zu den andern Parteien und zur Regierung nimmt.

Drei solche Wahlprogramme liegen uns vor und zwar von den drei Parteien, welche in einer oder der andern Beziehung sich von den Extremen rechts und links abheben, daher möglicherweise wol dazu gelangen könnten, im Wege der Verständigung von Fall zu Fall etwas jener „Mittelpartei“, für deren Anbahnung die Provinzial-Correspondenz neuerlich so lebhaft sich verwendete, wenigstens Keimliches zu Stande zu bringen. Es sind die Wahlprogramme der Neuliberalen, der Freiconservativen und der National-Liberalen.

Jedenfalls ist es von Interesse und dient zur Orientirung über die politische und parlamentarische Lage in Preußen, wenn man diese Programme dreier der wichtigsten und zahlreichsten Parteien im preussischen Abgeordnetenhaus darauf hin näher ansieht, worin sie einander gleichen und worin sie sich voneinander unterscheiden.

Was zunächst den allgemeinen Parteistandpunkt betrifft, so beginnt das neuliberale Programm damit, „eine stetige, auf dem praktischen Bedürfnisse beruhende, nicht aus abstracten Principien hergeleitete Fortentwicklung aller staatlichen und wirtschaftlichen Zustände“ zu verlangen. Damit könnte man sich wol einverstanden erklären. Wenn das Programm aber diese „stetige Fortentwicklung“ als „Aufgabe der conservativen (!) Partei“ bezeichnet, und wenn es weiterhin zu dem Ende die Bildung „einer großen conservativen Partei im Lande“ fordert, so regt sich sofort der sehr begründete Zweifel, ob die neuliberale Partei mit solchen Redensarten nur sich selbst täusche oder andere täuschen wolle. Denn so viel zeigen doch alle Erfahrungen, daß von einer „stetigen Fortentwicklung“ staatlicher und wirtschaftlicher Zustände ein großer und einflußreicher Theil der Conservativen in Preußen weit entfernt ist, vielmehr das Gegentheil davon erstrebt.

Ebenso unklar und selbst „abstract“ ist, was von der „Erhaltung der Machtverhältnisse der preussischen Krone in ihrem vollen (!) Umfange“ des breiteren gesagt wird. Wer die Machtverhältnisse der preussischen

Krone in ihrem „vollen“ Umfange erhalten wissen will, der muß zurückgehen bis vor die Verfassung vom 4. Dec. 1848. Denn im „vollen Umfange“, d. h. als absolut, besteht diese Machtverhältnisse nicht mehr, seitdem der König von Preußen nicht mehr, wie er das bis 1848 konnte, allein Gesetz erlassen, aufheben oder abändern, allein den Staatshaushalt festsetzen konnte u. Das unter den preussischen Conservativen so mancher dies wol möchte, steht nicht zu bezweifeln; allein eine Partei, die, wie die „neuliberale“, eben nur unbedingt „conservativ“ sein will, sollte nicht zu solchen Phrasen greifen, welche im Grunde eines um jeden Preis Conservativen, besser gesagt, eines Reactionärs, eine wirkliche Bedeutung haben.

Vorsichtiger verfährt hierin das Programm der freiconservativen Partei. Diese verspricht: „den leitenden Staatsmann in der Förderung seiner großen nationalen Ziele zu unterstützen, ohne dem Recht und der Pflicht, auch abweichenden Meinungen thätlichen Ausdruck zu geben, im mindesten zu entsagen“.

Das war der Standpunkt, den factisch die national-liberale Partei viele Jahre lang eingenommen hat und bei dessen Durchführung sie größtentheils mit der freiconservativen sich zusammensand.

Nach dem vorliegenden Programm nimmt die national-liberale Partei in Preußen eine mehr zuwartende Stellung zur Regierung ein. Alles, wozu sie sich versteht, ist eine „rein sachliche Prüfung aller Gesetzesvorlagen“, also keine Opposition von Haus aus und aus Grund. Sie fordert einen entscheidenden Einfluß für die „liberalen Mittelparteien“, ohne diesen Ausdruck näher zu definiren. Ob sie damit sich und die Fortschrittspartei meint, läßt sich daher nicht genau erkennen. Wäre dies der Fall, so dürfte freilich diesem allgemeinen Grundsatze mancher der späteren Programmpunkte, worin die Stellung der national-liberalen Partei zu den einzelnen schwebenden Fragen fixirt wird, zum Theil nicht unwesentlich widersprechen.

Unter diesen einzelnen Fragen steht in erster Linie die Steuerfrage. Beiläufig sei bemerkt, daß der Forderung der Provinzial-Correspondenz, wonach die handelspolitische Frage oder der „Schutz der nationalen Arbeit“ zum eigentlichen Mittelpunkt der ganzen Wahlagitacion, zum Schibboleth, woran die Parteien sich erkennen müssen, gemacht werden sollte, weder in dem neuen noch in dem freiconservativen Programm Nennung getragen ist. Beide betrachten ganz richtig diese Frage selbst als nicht vor den Landtag gehörig, beschäftigen sich daher nur mit deren indirecten Folgen für die innere Steuergesetzgebung Preußens.

Hier nun stimmen alle drei Programme darin überein, daß sie eine Reform der directen Besteuerung in Preußen in dem Sinne verlangen, daß die ärmeren Klassen möglichst entlastet, auch die Gemeinden in der Heranziehung von Steuerquellen begünstigt werden sollen. Die Frei- und Neuliberalen nennen zudem Zweckmäßig die Grund- und Gebäudesteuer

Der sechste Deutsche Kriegertag.

Am 24. Aug. fand, wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung berichtet, in Magdeburg die Versammlung des sechsten Deutschen Kriegertages statt. Der Ehrenpräsident Dirich-Berlin eröffnete den Kriegertag mit einem dreifachen Hoch auf Deutschlands Heldenkaiser. Sodann erstattete Präsident Kienemann-Berlin Bericht über die Thätigkeit des geschäftsleitenden Directoriums der Kriegerkameradschaft im letzten Vereinsjahre, während dessen die Kriegerkameradschaft um 600 Mitglieder zugenommen hat. Es folgte der Bericht der Revisoren über die Vollmachten, Feststellung der berechtigten Stimmen sowie der Kassenbericht und Wahl von Kassenrevisoren. Nachdem Vicepräsident Dr. Lander dann noch die anwesenden Vertreter der dem Verbands der Kriegerkameradschaft noch nicht angehörenden Kriegervereine begrüßt und sie aufgefordert hatte, an den Beratungen theilzunehmen, begann Dindelberg-Magdeburg zu referiren über die gegenwärtige Lage des Kriegervereinswesens. Er gab zunächst einen kurzen historischen Rückblick über die Entwicklung des deutschen Kriegervereinswesens seit dem Jahre 1870/71 und ging sodann speciell zu der Mission des Generals v. Glimmer über. Das durch die bestehenden Verhältnisse mehr oder weniger erschwerte Werk ist namentlich dadurch noch nicht so recht vorwärts gekommen, daß der bairische Veteranen- und Kampfgenoßenschaft sich dem Project vollständig ablehnend gegenüber verhalten und kategorisch erklärt hat, sich nicht unter des Kaisers Protectorat zu stellen; eine traurige, aber leider nicht zu ändernde Thatsache. Ferner sind auch diplomatische Schwierigkeiten vor-

handen, denn der König von Baiern ist Protector des bairischen Kampfgenoßenschaftsbundes, der König von Sachsen Protector von Sachsens Militärvereinsverband und der Großherzog von Baden Protector des Kriegervereinsverbandes von Baden. Da jedoch die Principien der Landesverbände nach dem Worte des Kaisers völlig intact bleiben sollen, so ist die Hoffnung keine leere, daß der große deutsche Verband doch fertig werden würde, zumal der sächsische wie württembergische Landesverband unter Zustimmung und auf Veranlassung der Könige von Sachsen und Württemberg beigetreten erklärt haben und der Kaiser damit einverstanden ist, daß Baiern eventuell für sich bleibe, da dessen Armee ja auch eine Sonderstellung im deutschen Reichsheere einnehme. Immerhin aber hat der Ruf des Kaisers in die deutschen Kriegervereine neues Leben gebracht und sie sind im frischen, frohlichen Aufblühen begriffen mehr denn je zuvor. Auf eine Frage von Grobe-Bremen theilt der Referent noch mit, daß das Hauptverdienst an dem ablehnenden Verhalten des bairischen Landesverbandes dem nicht einmal Soldat gewesenem münchener Polizeiaffessor Hector Stanz zukomme, was v. Sauer-Stuttgart bestätigt durch eine drastische Erzählung von dem Verhalten des Genannten gegenüber norddeutschen Kameraden auf der bekannten münchener Fahnenweihe. Hoffens-Stromberg beantragt eine Resolution des Inhalts, daß die Deutsche Kriegerkameradschaft und ihr Präsidium auch fernerhin nichts unversucht lassen werde, die endliche Schaffung des großen deutschen Kriegerverbandes herbeizuführen. Die Resolution findet Annahme. Zugleich beschließt man, Depeschen an Se. Maj. den Kaiser und den General

v. Glimmer abgehen zu lassen und in das Telegramm an den General den Ausdruck unbegrenzten Vertrauens anzunehmen. Durch eine Anfrage aus der Versammlung kommt noch das Verhalten des Deutschen Kriegerbundes und mehrerer Mitglieder von dessen Präsidium gegenüber dem Einigungsproject zur Sprache und schließlich die Besprechung damit, daß seitens Dindelberg's erklärt wird, in Magdeburg bestehe kein Gegensatz mehr zwischen den Kameraden der Kriegerkameradschaft und des Deutschen Kriegerbundes, und hoffe er, daß es dereinst im ganzen Deutschen Reiche so sein werde. Allgemeiner Beifall folgte diesen Worten. Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung betrafen nur interne Angelegenheiten der Kriegerkameradschaft.

Leiden einer deutschen Lehrerin in Rußland.

In dem in Genf unter der Redaction des früheren kleiner Universitätsprofessors Michael Dragomanow erscheinenden russischen Blatte Obschtscheje Djelo vom 24. Aug. veröffentlicht eine frühere russische Volksschullehrerin, Namens Olimpiada Kasiero, folgende Einzelheiten aus ihrem Leben in Rußland.

Frl. Kasiero eröffnete 1877 im Bezirke Wjshnj-Wolotschok im Gouvernement Twer eine Volksschule, in welcher dieselbe zwei Jahre hindurch die armen Bauerkinder unentgeltlich unterrichtete. Am 16. Juni wurde sie plötzlich ohne jede Ursache verhaftet und in den Kerker geworfen. Sie schreibt hierüber:

„Einige Tage war ich im Gefängniß zu Wjshnj-Wolotschok gefesselt, als eines Tages der ortsliche Gouverneur Somow in meine Zelle kam und mit dem